

Alles im Griff oder sinkendes Schiff?

Es wird Zeit, das Wesentliche in den Blick zu nehmen

Nicht erst der Anschlag auf das Berliner Stromnetz hat gezeigt, wie verletzlich Deutschland sein kann. Wir erleben zurzeit eine Welle von Angriffen auf die kritische Infrastruktur. Erinnert sei an die Cyberangriffe auf Krankenhäuser und Landkreise, die gehackten Smartphones der Landespolizei, die Kabelbrände bei der Bahn und die Drohnenüberflüge von Flughäfen.

Also auch diejenigen, für die der Schutz der kritischen Infrastruktur eher Randthema war, sollten so langsam begriffen haben, wie wichtig dieser für das tägliche Leben ist. Die Angriffe haben nicht nur finanzielle Auswirkungen gehabt. Sie haben das Leben von Menschen gefährdet.

Alles wie immer

Das Thema Schutz der kritischen Infrastruktur ist nicht neu. Spätestens nach den Anschlägen auf Nord-Stream-Pipelines war es in aller Munde. Passiert ist damals aber wenig. Derzeit scheint es wieder mal so, dass man sich lieber mit Schuldfragen, dem politischen Versagen, dem falschen Krisenmanagement, einem Tennisspiel und den Zuständigkeitsfragen wochenlang aufhält, als die wahren Probleme zu benennen und zu lösen.

Um alle Diskussionen abzukürzen: Der Schutz der kritischen Infrastruktur ist nicht ausreichend. Wir alle haben der kritischen Infrastruktur in den letzten Jahrzehnten nicht die Aufmerksamkeit gewidmet, die sie benötigt. Aber wie weiter?

Wir brauchen ein Gesamtkonzept

Grundsätzlich sind die Betreiber der Anlagen für den Schutz und die Bereitstellung von Doppelstrukturen für die Versorgung zuständig. In Deutschland sind die Anlagen aber Eigentum unterschiedlichster Gruppen. Mal sind es kleine private Unternehmen, mal sind es weltweit agierende Konzerne, mal sind es kommunale Unternehmen oder das Land oder sogar der Bund ist Eigentümer.

Neben den Eigentumsfragen kommen viele rechtliche Fragen hinzu, z. B. wie weit darf ein privater Betreiber gehen, um die kritische Infrastruktur zu schützen? Wer übernimmt die Kosten bei Schäden von Dritten bei Abwehrhandlungen?

Das bedeutet, wenn nicht schnellstens rechtliche Rahmen gesetzt sowie Mindeststandards festgelegt und umgesetzt werden, ist das Chaos vorprogrammiert. Schließlich mögen alle Betreiber das gleiche Ziel eines besseren Schutzes der kritischen Infrastruktur haben. Unterschiedliche finanzielle Möglichkeiten werden ohne staatlich festgelegte Mindeststandards aber auch den besten Zielen schnell Grenzen setzen.

Für die schnelle Setzung solcher Regelungen braucht es daher einen festen politischen Willen ohne Partei- oder Länderegoismus.

Und dann?

Der Staat allein kann keine umfassende Sicherheit garantieren. Aber er kann die rechtlichen Strukturen schaffen, finanzielle Anreize setzen und sogar selbst investieren, um einen Bevölkerungsschutz entstehen zu lassen, der den heutigen und zukünftig denkbaren Szenarien gewachsen ist. Die Menschen in diesem Land sind es wert. ■



Foto: GfP MV

SPENDENAKTION MIT WIRKUNG – MIT POLITISCHER MAHNUNG UND KLAREN FORDERUNGEN

Unterstützung für das Childhood-Haus Schwerin

Im Rahmen der Kinderadventsfeier des Landeskriminalamtes Mecklenburg-Vorpommern wurde eine Spendenaktion zugunsten des Childhood-Hauses Schwerin durchgeführt. Viele Kolleginnen und Kollegen folgten dem Aufruf und zeigten Solidarität mit einem zentralen Projekt des Kinderschutzes. 750 Euro kamen zusammen und wurden im Januar von Miriam Simoni sowie Kristin Frosch persönlich an die Leiterin des Childhood-Hauses, Frau Schirmacher, übergeben.

Der Besuch bot zugleich Raum für einen vertieften fachlichen Austausch über die Ent-

wicklung der Einrichtung im vergangenen Jahr und lieferte wichtige politische Einblicke, die über die Alltagspraxis hinausweisen.

Ein Childhood-Haus für ganz MV derzeit ohne politische Durchsetzungskraft

Das Childhood-Haus Schwerin ist derzeit die einzige Einrichtung dieser Art in Mecklenburg-Vorpommern. Es dient als interdisziplinäre Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche, die Opfer von Gewalt geworden sind,

und vereint polizeiliche, medizinische, juristische und psychosoziale Angebote unter einem Dach. Es ist ein international anerkanntes Konzept, das Mehrfachbefragungen reduziert und die kindgerechte Begleitung von Betroffenen ermöglicht.

Trotz dieses Erfolgs ist die politische Durchsetzung weiterer Childhood-Häuser im Land bislang gescheitert. In Mecklenburg-Vorpommern liegt seit über einem Jahr lediglich ein Prüfauftrag vor, der keine konkreten Ergebnisse, Zeitpläne oder finanzielle Zusagen beinhaltet. Damit bleibt der Bedarf, insbesondere für einen weiteren Stand-



ort im östlichen Teil des Landes, ungeklärt und politisch nicht umgesetzt.

Kinderschutzgesetz 2025: Struktur gestärkt, aber Childhood-Häuser nicht abgesichert

Im Dezember 2025 verabschiedete der Landtag das neue Kinder- und Jugendschutzstrukturgesetz. Sozialministerin Stefanie Drese betonte, das Gesetz setze einen rechtlichen Rahmen für den Schutz von Kindern und Jugendlichen und stärke Prävention, Kooperation und Fachstrukturen landesweit. Dazu gehören u. a. eine zentrale fachliche Koordinationsstelle und verbesserte Standards für Kinderschutzprozesse.

Zwar ist diese strukturelle Weiterentwicklung begrüßenswert, doch enthält das Gesetz keine verbindlichen und finanziell abgesicherten Regelungen für Childhood-Häuser. Anders als gefordert (Deutsche Polizei 03/2025) wurde nicht gesetzlich verankert, dass in jedem Landgerichtsbezirk ein Childhood-Haus eingerichtet wird, und im Landeshaushalt fehlen bislang verpflichtende Mittel für weitere Standorte. Anne Shepley, Vertreterin der Grünen im Landtag, kritisiert, dass eine bloße Prüfung ohne Geldmittel und verbindliche Planung „Symbolpolitik auf dem Rücken der Jüngsten“ sei.

Fallzahlen steigen – Ressourcen bleiben begrenzt

Frau Schirmmacher berichtete, dass die Fallzahlen im Childhood-Haus deutlich zugenommen haben und die Komplexität der Fälle wachse. Auch dank steigender Sensibilisierung nehmen Kinder und Jugendliche das Angebot häufiger in Anspruch. Gleichzeitig bleibt die personelle Ausstattung angespannt: Die Psychologin ist derzeit mit nur einer 20-Stunden-Stelle beschäftigt, und eine dringend benötigte zusätzliche Sozialpädagogin kann aufgrund fehlender Mittel nicht

finanziert werden. Dies hat spürbare Auswirkungen auf die fachliche Versorgung.

GdP-Position: Kinderschutz muss politisch und finanziell abgesichert werden

Bereits beim Besuch des Childhood-Hauses im Februar 2025 formulierte die GdP klare Forderungen für die Zukunft des Kinderschutzes in Mecklenburg-Vorpommern. Dazu gehören:

- zusätzliche Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen,
- eine Vollzeitstelle für traumatherapeutische Fachkompetenz,
- mehr Streetworker in sozialen Brennpunkten,
- verpflichtende Schulsozialarbeit an allen Schulen,
- die Einrichtung eines Childhood-Hauses in jedem Landgerichtsbezirk und
- eine langfristige, verlässliche finanzielle Sicherung der Childhood-Häuser.

Diese Positionen greifen nicht nur die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen auf, sondern spiegeln auch die Erfahrungen der Praxis wider, wie sie Polizeibehörden, Jugendämter und psychosoziale Dienste tagtäglich machen.

Die GdP fordert daher, dass politische Entscheidungsträger über bloße Strukturgesetze hinaus konkrete Finanzplanungen und Umsetzungsziele schaffen, damit Kinderschutz nicht nur auf dem Papier, sondern im Alltag verlässlich realisiert wird.

Die Spendenaktion im Rahmen der Kinderadventsfeier ist ein starkes Zeichen der Solidarität und des gesellschaftlichen Engagements der GdP-Mitglieder und unterstützender Kolleginnen und Kollegen. Gleichzeitig zeigt der Blick hinter die Kulissen: Kinderschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die dauerhafte politische und finanzielle Rückendeckung braucht.

Mit Blick auf die bevorstehende Landtagswahl 2026 nimmt die GdP die politischen Parteien in die Verantwortung:

Kinderschutz ist kein Luxus, sondern Grundrecht jedes Kindes. Er braucht klare politische Priorität, verlässliche finanzielle Grundlagen und den Mut, erfolgreiche Modelle wie das Childhood-Haus flächendeckend umzusetzen. ■

Wer kämpft im Ernstfall für dich?

In Mecklenburg-Vorpommern reden viele über „Rückendeckung für die Polizei“. Aber wer zahlt die Zeche, wenn es darauf ankommt?

Der Blick in den Landeshaushalt ist ernüchternd: **10.000 € für den Rechtsschutz der gesamten Landespolizei.** Das ist kein Schutzschirm, das ist ein schlechter Scherz.



Warum deine Stimme für die GdP bei den Personalratswahlen entscheidend ist:

- **Wir füllen die Lücke:** Wir investieren als Gewerkschaft das Siebenfache dessen, was das Land MV bereitstellt. Wir warten nicht auf Haushaltsverhandlungen – wir handeln.
- **Unabhängigkeit:** Weil wir unseren Rechtsschutz aus eigenen Mitteln (deinen Beiträgen) finanzieren, sind wir niemandem im Ministerium zur Dankbarkeit verpflichtet. Wir können den Finger in die Wunde legen.
- **Kompetenz vor Ort:** Unsere Personalräte in den Dienststellen zwischen Sassnitz und Boizenburg wissen genau: Ohne den massiven finanziellen Background der GdP wäre die „Fürsorge“ des Dienstherrn oft nur ein leeres Versprechen.

Am 12. Mai 2026 geht es um mehr als nur Kreuze zu setzen. Es geht darum, wer die Ressourcen hat, dich wirklich zu schützen.

GdP MV – Starker Rechtsschutz. Starke Stimme.



„Mit oder ohne Vorpommern?“ – Ein Bild, das mehr sagt als beabsichtigt

Ein Bild sagt manchmal mehr als tausend Worte – leider nicht immer das Richtige. Mit dem Motiv „Mit oder ohne Vorpommern?“ wirbt das Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern für das Jahr 2026 und setzt dabei auf augenzwinkernden Humor. Doch genau dieser Humor ist es, der irritiert und Fragen aufwirft.

Denn die Darstellung transportiert für mich eine problematische Botschaft: Mecklenburg erscheint als selbstverständlich, Vorpommern dagegen als optionaler Zusatz – als Beilage. Wer so etwas liest oder sieht, kann sich des Eindrucks kaum erwehren, dass Vorpommern im gemeinsamen Landesverständnis nicht als gleichwertiger Teil, sondern als verzichtbare Zugabe wahrgenommen wird. Beim Zahlen und Mittragen staatlicher Aufgaben hin-

gegen ist Vorpommern selbstverständlich voll dabei.

Natürlich darf Verwaltung kommunizieren, darf auch Humor einsetzen. Aber Humor funktioniert nur dann, wenn er nicht auf Kosten anderer geht. In einem Bundesland, das aus zwei historisch und kulturell gewachsenen Landesteilen besteht, braucht es Fingerspitzengefühl. Gerade deshalb wirkt das Motiv politisch schal – selbst wenn es charmant gemeint sein mag.

In Zeiten, in denen immer wieder von Zusammenhalt, Identifikation und gleichwertigen Lebensverhältnissen die Rede ist, sendet eine solche Darstellung ein falsches Signal. Regionale Identität ist kein Gag, kein Marketinginstrument und kein „mit oder ohne“. Vorpommern ist Heimat, Lebens-

und Arbeitsraum für viele Menschen – auch für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die tagtäglich Verantwortung für dieses Land tragen.

Wer Vertrauen, Verbundenheit und Loyalität erhalten will, sollte genau darauf achten, welche Bilder und Botschaften transportiert werden. Wertschätzung zeigt sich nicht nur in Haushaltszahlen oder Sonntagsreden, sondern auch in der Art, wie ein Land sich selbst darstellt.

Oder um es nüchtern und norddeutsch zusammenzufassen: **Mecklenburg-Vorpommern gibt es nur als Ganzes.** Alles andere wirkt nicht humorvoll, sondern wie eine Mangelpackung.

Marco Bialecki,
GdP-Kreisgruppenvorsitzender Anklam

Von „Potemkinsche Dörfern“ oder aus der Polizei ist noch mehr herauszuholen!

Während der Polizei systematisch der Geldhahn zugekehrt wird, gibt die Landesregierung munter (sinnlos) Geld aus, wie im jüngsten #Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler nachzulesen.

Hier eine Skulptur und ein „Bürgerplatz“ vor der Staatskanzlei für 1,2 Mio. €, eine MV-Begegnungsplattform für 1,5 Mio. € (inzwischen abgeschaltet), eine Kitakampagne zur Gewinnung von Fachkräften für 588 T € bei gleichzeitigem Stellenabbau oder 400 neue Stellen für Staatskanzlei und Ministerien. 22 % Stellenzuwachs (!) – deutlich mehr als laut NDR Schulen und die Polizei erhielten.

Und bei der Polizei?

„Seit fast einem Jahr telefonieren Polizisten in MV für lau mit ihren Privathandys, nachdem die Server des Landes gehackt wurden. Beteiligung des Landes an den Unkosten? Null! Baumaßnahmen werden immer wieder verschoben, Dienststellen sollen zusammengelegt werden, um so in der

Öffentlichkeit den Eindruck von Handlungsfähigkeit zu erwecken, Fortbildungsmaßnahmen werden gestrichen, weil weder Geld noch Kraftstoff vorhanden sind, Schießanlagen verfallen, Personalentwicklung liegt auf Eis ...“ Die Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (#GdP), Christian Schumacher.

„Statt Probleme zu lösen, werden Potemkinsche Dörfer errichtet“, so Schumacher weiter. „Wenn das so weitergeht, schießen demnächst Polizisten mit Katapulten auf

Drohnen. Der Schutz kritischer Infrastruktur ist nicht ansatzweise erkennbar. Auch der Neubau der Dienststellen stagniert seit Jahren; trotz medienwirksamer ‚erster Spatenstiche‘ ist die Finanzierung bis heute nicht gesichert. Es fehlt stellenweise an den simpelsten Sachen. Polizisten biegen Büroklammern gerade, weil kaum erhältlich. Es klemmt an allen Ecken und Kanten.“

Seit Langem warnt die Gewerkschaft der Polizei, dass Belastung krank macht. Trotzdem regiert der Rotstift allerorts – selbst vor der Gesundheitsfürsorge, der höchsten Form der Fürsorge eines Landes gegenüber seinen Beamten, macht er nicht halt, wie eine umfangreiche Mitgliederbefragung Hunderter Polizisten und Versorgungsempfänger jüngst zutage förderte.

Obwohl die Landesregierung und die Ministerpräsidentin noch im alten Jahr aufgefördert wurden, dazu Position zu beziehen, gibt es bis heute keine Reaktion. Frau Schwesig, die sich insbesondere in Wahljahren bemüht, die Erfolge der Landesregierung hervorzuheben, verweigert sich. ■







LIEBLINGS-
GEWERKSCHAFT
MIT 3 BUCHSTABEN



www.gdp.de

Fotos: GdP NW

DP – Deutsche Polizei
Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle
Gadebuscher Straße 125
19057 Schwerin
Telefon (0385) 208418-10
Telefax (0385) 208418-11
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Marco Bialecki (V.i.S.d.P.)
Telefon (0385) 208418-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. links)

ISSN 0949-2798

Jahresempfang des DGB-Stadtverbandes Schwerin: Haltung zeigen, Zusammenhalt organisieren

Am 22. Januar 2026 lud der DGB-Stadtverband Schwerin zum politischen Jahresempfang in das soziokulturelle Zentrum DER SPEICHER ein. In angenehmer Atmosphäre wurde deutlich: 2026 ist ein Jahr, in dem es nicht bei freundlichen Floskeln bleiben darf, gefragt sind klare Entscheidungen, Respekt in der Debatte und sichtbare Verbesserungen für die Beschäftigten.

Eröffnung: Demokratie braucht Haltung – gerade im Wahljahr

Fabian Scheller, Regionsgeschäftsführer des DGB Rostock-Schwerin, eröffnete den Empfang und setzte den Ton für den Abend: Haltung zeigen für Demokratie und Menschenfreundlichkeit, besonders in einem Jahr, in dem Wahlen anstehen. Scheller betonte, dass Zusammenhalt unsere Stärke sei und uns in Zeiten gesellschaftlicher Spannungen weiterbringe. Dazu gehört auch, politisch fair miteinander zu diskutieren – klar in der Sache, respektvoll im Umgang.

Keynote: „Kein Jahr für warme Worte“

In seiner Keynote machte Daniel Taprogge, stellvertretender Vorsitzender des DGB Nord, deutlich, worauf es jetzt ankommt: nicht reden, sondern handeln. Die Anforderungen an Beschäftigte steigen, auch durch neue Technologien wie KI. Gleichzeitig steigen die Lebenshaltungskosten, insbesondere Mieten. Was jedoch vielerorts nicht im gleichen Maß wächst: Anerkennung, Sicherheit und spürbare Entlastungen.

Taprogge stellte heraus: Der Sozialstaat ist nicht verhandelbar, er ist die Basis für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wer ihn schwächt, schwächt die Demokratie im Alltag. Viele Kolleginnen und Kollegen arbeiteten längst am Limit: Sie springen ein, leis-

ten Überstunden, halten Dienststellen und öffentliche Infrastruktur am Laufen. Umso wichtiger sei es, das Wahlrecht wahrzunehmen, demokratische Mitbestimmung in Betrieben und Dienststellen zu sichern und den Sozialstaat praktisch zu stärken, auch durch handlungsfähige Kommunen, die mit ausreichend Personal ausgestattet sind.

Ein zentraler Punkt war zudem der klare Auftrag: konsequent gegen Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Eine Stadt müsse für die Menschen funktionieren, die sie am Laufen halten, und nicht auf Kosten derer, die Aufgaben übernehmen, die oft zu wenig gesehen und nicht angemessen honoriert werden. Taprogge forderte einen Dialog auf Augenhöhe mit den Gewerkschaften und hielt fest: Wer Verantwortung übernehmen will, muss sagen, wie – mit konkreten Konzepten statt Symbolpolitik. Sein Ausblick: ein solidarisches, gerechtes und kämpferisches neues Jahr.

Grußwort: Gleichstellung als Säule der Demokratie

Mit einem engagierten Grußwort stellte sich Claudia Wendorf, Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Schwerin, vor. Sie unterstrich die Bedeutung ihrer Arbeit gerade auf kommunaler Ebene: Gleichstellung heißt soziale Sicherung und Schutz für Frauen und damit echte gesellschaftliche Teilhabe. Das sei eine wichtige Säule unserer Demokratie.

Austausch, Tarifrunde und Begegnungen auf Augenhöhe

Musikalisch begleitet wurde der Empfang von der Rostocker Band „Les Bumms Boys unplugged“, die den Abend mit einem passenden Rahmenprogramm abrundete.

Vor allem aber nutzten viele Kolleginnen und Kollegen den Empfang für das, was



solche Abende besonders wertvoll macht: Gespräche und Vernetzung. Die Gewerkschafterinnen Mareike, Sandra, Kristin und Gewerkschafter Jan, Dirk und Stefan kamen mit politischen Entscheiderinnen und Entscheidern aus Landtag und Stadtpolitik ins Gespräch. Unter den Gästen waren auch Mandy Pfeifer (SPD) und Sebastian Ehlers (CDU), Kandidatin beziehungsweise Kandidat für die Wahl zur/zum Oberbürgermeister/in von Schwerin. Beiden wünschen wir an dieser Stelle viel Erfolg für den Wahltermin am 12. April 2026.

Am leckeren Buffet wurden außerdem die Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen der Schwestergewerkschaften fortgesetzt. Und zwar perspektivwechselnd, offen und häufig mit Blick auf die laufenden Tarifverhandlungen. Genau hier zeigt sich gelebte Solidarität: im Austausch, im gemeinsamen Ringen um gute Arbeit und in der klaren Botschaft, dass Respekt, Sicherheit und Entlastung nicht verhandelt, sondern umgesetzt werden müssen.

Fazit: Der Jahresempfang des DGB-Stadtverbandes Schwerin war ein politisches Signal für demokratische Haltung, für fairen Diskurs und für eine starke, solidarische Gewerkschaftsbewegung, die im Wahljahr 2026 nicht nur Erwartungen formuliert, sondern auch Druck für konkrete Verbesserungen organisiert. ■



Zwischen Rechtsprechung und Realität Strukturversagen darf nicht zum Individual- schuldvorwurf werden

Das jüngste Urteil des Amtsgerichts Greifswald gegen einen Kollegen wegen Strafvereitelung im Amt schlägt Wellen – und das zu Recht. Doch wer nur auf das Strafmaß blickt, verkennt die tiefere Ursache dieses Verfahrens. Eines muss klar sein: **Strafvereitelung im Amt ist kein Bagatelldelikt.** Aber dieses Urteil ist weit mehr als eine juristische Würdigung eines Einzelfalles; es ist ein Alarmsignal für den Zustand unserer Polizei.

Freispruch in 48 von 52 Fällen: ein deutliches Zeichen

Der Kollege wurde in der überwältigenden Mehrheit der Vorwürfe freigesprochen. Dieses Ergebnis rückt die Perspektive gerade: Wir reden hier nicht von einem „schwarzen Schaf“, das vorsätzlich und systematisch den Rechtsstaat untergraben wollte. Wir reden von einem Arbeiten unter Bedingungen, die seit Jahren von **struktureller Überlastung, Personalmangel und einer stetig wachsenden Aufgabenlast geprägt sind.**

Fehler sind Folgen, keine Absichten

Wir als GdP sagen deutlich: Fehler dürfen und sollen nicht relativiert werden. Professionalität ist unser Anspruch. Doch zur Wahrheit gehört auch: **Wer dauerhaft am Limit arbeitet, macht Fehler.** Diese entstehen nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber dem Gesetz, sondern sind die logische Konsequenz massiver Überforderung.

Wenn ein System so auf Kante genäht ist, dass die individuelle Belastungsgrenze zum Maßstab für die Rechtssicherheit wird, dann hat das System versagt, nicht der Mensch. **„Überlastung macht krank, sie begünstigt Fehler und sie gefährdet am Ende auch rechtsstaatliche Verfahren.“**

Die Politik ist in der Pflicht

Wer solche Fälle künftig verhindern will, darf sich nicht hinter gerichtlichen Urteilen verstecken. Dienstherr und Politik müssen endlich Verantwortung übernehmen. Es ist unerträglich, dass strukturelle Defizite weiterhin auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden.

Unsere Forderung ist klar:

- Echte Personaloffensive: Wir brauchen Entlastung, die auf der Dienststelle ankommt, nicht nur in der Statistik.
- Strukturelle Anpassungen: Aufgabenkritik muss ernsthaft betrieben werden, statt die Last immer weiter zu erhöhen.
- Fürsorgepflicht ernst nehmen: Gesundheitsschutz und Rechtssicherheit für die Kollegen müssen oberste Priorität haben.

Ein „Weiter so“ darf es nach Greifswald nicht geben. Wir werden als GdP weiterhin genau hinschauen und den Finger in die Wunde legen, damit unsere Kolleginnen und Kollegen ihren Dienst so verrichten können, wie es ihr Anspruch ist: professionell, sicher und gesund. ■



Spielen, schnacken, zusammen sein

Auf Einladung von Jonas Nossenheim hatte die GdP-Kreisgruppe Vorpommern-Rügen zu einem Spielenachmittag eingeladen, und rund 30 Kolleginnen und Kollegen folgten der Einladung. In gemütlicher Atmosphäre wurde gewürfelt, Skat gespielt und natürlich viel geschnackt.

Neben dem Spiel stand vor allem der persönliche Austausch im Vordergrund: nette Gespräche, alte Geschichten und aktuelle Themen, ganz entspannt und ohne Zeitdruck. Für viele war es eine willkommene Abwechslung zum dienstlichen Alltag und eine gute Gelegenheit, Kontakte zu pflegen.



Ein besonderer Dank gilt der Freiwilligen Feuerwehr Ribnitz-Damgarten für die Bereitstellung der Räumlichkeiten sowie die großartige Bewirtung. Ebenso bedankt sich die Kreisgruppe bei der PVAG-Agentur Andreas Piatke, die die Veranstaltung mit attraktiven Preisen unterstützt hat.

Der Spielenachmittag hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig solche Angebote für das Miteinander in unserer Kreisgruppe sind. Eine gelungene Veranstaltung, die nach Wiederholung ruft.

... hier die Gewinner des Abends: Skat – Manfred Henkelmann, Würfeln – Andreas Piatke ■



Steuervorteil für GdP-Mitglieder (auch in MV)

Gewerkschaftsbeitrag künftig spürbar besser absetzbar

Gute Nachrichten für unsere Kolleginnen und Kollegen: Der Mitgliedsbeitrag zur Gewerkschaft der Polizei wird steuerlich endlich fair behandelt. Die Bundesregierung verbessert die Absetzbarkeit von Gewerkschaftsbeiträgen deutlich – und davon profitieren GdP-Mitglieder ganz konkret im Portemonnaie.

Warum es bisher oft nichts gebracht hat

Bislang konnten Gewerkschaftsbeiträge zwar in der Steuererklärung angegeben werden, der Effekt war aber häufig gleich null. Der Grund: Der Beitrag zählt zu den Werbungskosten. Diese werden pauschal bis 1.230 Euro (Arbeitnehmerpauschbetrag) be-

rücksichtigt – ganz egal, ob man Gewerkschaftsmitglied ist oder nicht. Bei den meisten Beschäftigten liegen alle Werbungskosten innerhalb dieser Pauschale. Der Gewerkschaftsbeitrag „verschwindet“ also darin. Ergebnis: Mitglieder hatten höhere Kosten, aber kaum einen steuerlichen Vorteil gegenüber Nichtmitgliedern. Das war schlicht ungerecht.

Was sich jetzt ändert

Diese Schieflage wird korrigiert. Künftig kann der Gewerkschaftsbeitrag zusätzlich zur Werbungskostenpauschale abgesetzt werden. Das bedeutet: echte Steuerersparnis für GdP-Mitglieder. Im Regelfall liegt die Entlastung bei rund 25 bis 35 Prozent des jährlichen Mitgliedsbeitrags. Wie viel es im Einzelfall genau ist, hängt – wie immer – von persönlichen Faktoren ab, etwa Einkommen, Familienstand oder Kinder.



Foto: GdP/BuPo

Wer profitiert besonders?

Die große Mehrheit unserer Kolleginnen und Kollegen. Wer bislang nicht über die Werbungskostenpauschale hinausgekommen ist, spart künftig jedes Jahr Steuern. Wer ohnehin sehr hohe Werbungskosten geltend macht und den Gewerkschaftsbeitrag schon vollständig absetzen konnte, hat dagegen keinen oder nur einen geringen zusätzlichen Vorteil. Das ist aber eher die Ausnahme.

Ab wann gilt die neue Regelung?

Die verbesserte Absetzbarkeit greift ab der Steuererklärung für das Jahr 2026. Kurz gesagt: Mitglied sein lohnt sich jetzt noch mehr. Politische Interessenvertretung, Rechtsschutz, Solidarität – und künftig auch ein klarer steuerlicher Vorteil. So muss das sein.

Marco Bialecki,
GdP MV, Landeskassierer

Solidarität bei Eis und Einsatz: GdP-Kreisgruppen zeigen Flagge

Wenn die Temperaturen in den zweistelligen Minusbereich sinken und der Dienst auf der Straße kein Ende nehmen will, zählt vor allem eines: Zusammenhalt.

Die großflächigen Protestaktionen der Landwirte gegen das EU-Mercosur-Freihandelsabkommen hielten die Polizei in ganz Mecklenburg-Vorpommern in Atem. Besonders an den Autobahnauffahrten im Osten des Landes war die Belastung für die Kolleginnen und Kollegen bei eisigen –12 Grad extrem.

Heiße Verpflegung für kalte Knochen

Um ein Zeichen der Wertschätzung zu setzen, fackelten die GdP-Kreisgruppen Uecker-Randow, Anklam und Greifswald nicht lange. Spontan wurde eine Betreuungsakti-

on entlang der Autobahnen in Vorpommern organisiert. Das Ergebnis? Strahlende Gesichter trotz Frostbeulen! Heißer Kaffee und frische Bockwürste im Brötchen waren genau der Treibstoff, den es bei dieser Witterung brauchte.



„Ein riesiges Dankeschön geht an die Torney Landfleischerei in Pasewalk für die großartige und unkomplizierte Unterstützung unserer Aktion!“

Mehr als nur Kaffee: ein offenes Ohr für die Ausrüstung

Neben der kulinarischen Stärkung gab es auch Raum für den Austausch über die Arbeitsbedingungen. Ein Thema brannte den Kolleginnen und Kollegen dabei besonders auf den Nägeln (oder besser gesagt: an den Zehen): die Ausstattung mit vernünftigen Winterstiefeln.

Wir haben die Botschaft verstanden: Kalte Füße braucht im Einsatz niemand! Diesen Wunsch nehmen wir als GdP direkt mit in unsere künftige Gremienarbeit.

Ein herzliches DANKE an Lucy, Frank und Ray für euren unermüdlichen Einsatz vor Ort! Gemeinsam sind wir stärker – auch bei klirrender Kälte.

Marco Bialecki, GdP Anklam